

Öffentliche Sitzung
des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung
am Mittwoch, den 23.02.2022
als Hybridsitzung im Hans-Baldung-Grien-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:01 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Karl Miller

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

SPD

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

FDP/FW

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Verwaltung

Herr Klaus Arnholdt

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Gerhard Hackner

Herr Christian Joswig

Herr Jürgen Musch

Herr Helmut Ott

Herr Thomas Ringel

Frau Anja Tamm

Frau Franka Zaneck

Abwesend:

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Tagesordnung

=====

- 1** Bildungshaus Schwäbisch Gmünd - Lindach
Neubau Pavillon für den Ganztagesbereich
Vergabe von 5 Gewerken
Bezug: GR-Drucksache 116/2021
- 2** Mozartschule in Schwäbisch Gmünd - Hussenhofen
Aufstockung
Vergabe von 8 Gewerken
Bezug: GR-Drucksache 073/2021/1
- 3** Ertüchtigung und Instandsetzung der Waldstetter Torbrücke in Schwäbisch Gmünd
- 4** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 5** Bekanntgaben
- 6** Anfragen
 - 6.1** Dunkelampel Modepark Röther
 - 6.2** Bauvorhaben im Taubental
 - 6.3** Freiflächen für PV-Anlagen
 - 6.4** Auslaufen der Rems
 - 6.5** Vorlagen mit Klimarelevanz
 - 6.6** Zuschussprogramm Plusenergiehäuser
 - 6.7** Grundlagenermittlung bei der Grünen Urbanität

Erster Bürgermeister Baron begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Bildungshaus Schwäbisch Gmünd - Lindach
Neubau Pavillon für den Ganztagesbereich
Vergabe von 5 Gewerken
Bezug: GR-Drucksache 116/2021
Vorlage: 027/2022**

Protokoll:

Herr Joswig stellt den Sachverhalt vor.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag und möchte seinen Unmut kundtun. Man vergebe nun Gewerke, ohne dass man seit Juli irgendwas gehört habe. Es werde am Tag nach der heutigen Sitzung im Ortschaftsrat behandelt und heute habe man es schon vergeben. Er sei mit dem Verlauf nicht einverstanden. Zu ungeklärten Punkten habe man keine Rückmeldung bekommen. Es finde jetzt eine Vergabe ohne Rücksprache mit dem Ortschaftsrat statt.

Herr Joswig antwortet, dass es so nicht beabsichtigt gewesen sei und entschuldigt sich.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass es so nicht gehe. Eine Entschuldigung nütze nichts. Das Gremium sei nicht nur zum „Abnicken“ da. Er erkundigt sich nach den Gründen für die Kostensteigerung.

Ortsvorsteher Funk führt aus, dass der zeitliche Ablauf mit ihm aufgrund der Vergabefrist abgestimmt sei. Die Vergabe an sich sei nicht strittig.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Er habe im Vorfeld der Sitzung noch Nachfragen gestellt, die auch beantwortet worden seien. Er habe sich erkundigt, warum kein Passivhaus angenommen worden sei, da in der Vorlage im Juli 2021 ein Passivhaus-Standard beschlossen worden sei. Er wundere sich, warum man eine Vorlage erhalte, aus der dies nicht hervorgehe. Das Amt könne nicht einfach einen anderen Standard festlegen. Man habe ein Gesamtkonzept „Gut fürs-Klima“, das man zwar noch nicht beschlossen habe, aber bei dem man sich hinsichtlich der Ziele einig sei. Man müsse schauen, bei Neubauten einen Ausgleich zu schaffen. Hier sei nur der Passivhausstandard realistisch. Er möchte, dass der Beschlussantrag auf KfW 40 geändert werde. Die Bäume könne man etwas zurückschneiden. Er möchte künftig besser mitgenommen und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass die Bäume bei einem Rückschnitt nachhaltig gefährdet werden würden. Er schlägt vor, es sich mit der Baumkommission anzuschauen.

Herr Joswig antwortet, dass der Passivhausstandard mit einer PV-Anlage möglich sei.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen betont, dass der KfW40-Standard Voraussetzung für seine Zustimmung sei.

Stadtrat Schwab/SPD schließt sich den Vorrednern an. Er sei über den KfW55-Standard ebenfalls sehr erstaunt gewesen. Er stimme ebenfalls nur mit einem KfW40-Standard zu. Die Baumkommission solle es sich anschauen. Die Fällung der Bäume müsste man abwägen. Er würde sich freuen, wenn künftig auch das Datum des Angebots auf den Vorlagen angegeben werde.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bekräftigt, dass es keine Lappalie sei, wenn der Beschluss nun von dem des im Gemeinderat gefassten abweiche. Wäre es Stadtrat Miller nicht aufgefallen, dann wäre es keinem bewusst gewesen. Hier fehle es an Vertrauen. Er erkundigt sich, warum man nicht öffentlich ausgeschrieben habe.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass das Anliegen von Stadtrat Miller nicht vom Tisch sei, es gehe um die Frage, ob man die Vergabe machen wolle, das müsse man noch entscheiden. Dass es deutlicher dargestellt werden müsse, sei klar. Man weiche nicht komplett ab. Die beschränkte Ausschreibung habe man coronabedingt und in Anbetracht der zeitlichen Umsetzung gewählt.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich für die Darstellung. Er erkundigt sich nach den Kosten der PV-Anlage und in welchem Umfang diese gefördert werde.

Herr Joswig antwortet, dass man im Gespräch mit den Stadtwerken bezüglich eines Stromlieferungsvertrags sei. Man gehe von einer Amortisation aus.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste möchte es konkret wissen.

Herr Joswig antwortet, dass man es gegengerechnet habe, es sei die sinnvollste Lösung.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW findet es ebenfalls wichtig, dass man wisse, wie der Ortschaftsrat entschieden habe. Er stimme der Beschlussvorlage zu und bittet darum, das Verfahren künftig zu verbessern.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, ob das Modell der PV-Anlage keine Investitionsmittel aus dem städtischen Haushalt erfordern würden. Die Kosten seien so aufgeschlüsselt, wie man es sich bei allen Vorlagen wünschen würde. Er erkundigt sich, warum es Abweichungen bei den Baunebenkosten geben würde.

Herr Joswig antwortet, dass man davon ausgehe, dass die Kosten sich ausgleichen würden.

Stadtrat Preiß/CDU führt aus, dass man als Stadt eine Vorbildfunktion habe, KfW40 sei daher notwendig. Er erkundigt sich, ob man einen Energieberater hinzugezogen habe, da sich KfW40 auf verschiedene Weisen erreichen ließe.

Herr Joswig antwortet, dass KfW40 nie in Frage gestellt worden sei.

Stadtrat Bläse/CDU findet es schade, dass man so lange diskutieren müsse und so viel Unmut aufkomme. Bereits im Juli habe man über die Bäume gesprochen, es sei für ihn nicht nachvollziehbar. Man müsse erst A und dann B machen. Die Planung sei das wichtigste, um die Kosten einzuhalten. Er erkundigt sich nochmals für den Grund der Kostensteigerung. Man rede immer davon, dass man die Ortschaftsräte stärken müsse und bespreche dann in der Sitzung etwas, was am Vortrag bereits beschlossen worden sei. Er schlägt deshalb vor, den Beschluss vorbehaltlich der Zustimmung des Ortschaftsrates zu fassen.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass man an dem KfW40-Standard festhalte werde, der Antrag von Stadtrat Miller erübrige sich daher.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE fordert, den KfW-Standard nochmals mit in den Beschlussantrag aufzunehmen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste unterstützt die Ausführungen von Stadtrat Miller.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt den Beschlussantrag dahingehend, dass der Beschluss vorbehaltlich der Zustimmung des Ortschaftsrates gefasst wird und am beabsichtigten Energiestandard KfW40 festgehalten werde.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig und vorbehaltlich der Zustimmung des Ortschaftsrates fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Am beabsichtigten Energiestandard KfW40 wird festgehalten, vorbehaltlich der Zustimmung des Ortschaftsrates.

	Vergabesumme brutto Nachlass bereits berücksichtigt
Beschlussantrag 1 (Anlage 1)	
Rohbauarbeiten	
Fa. Irdenkauf, Schwäbisch Gmünd	168.496,50 €
Beschlussantrag 2 (Anlage 2)	
Zimmerer- und Holzbauarbeiten	
Fa. Schleicher, Schwäbisch Gmünd	166.146,91 €
Beschlussantrag 3 (Anlage 3)	
Flachdachabdichtungsarbeiten	
Fa. TopTeam, Ruppertshofen,	52.882,29 €
Beschlussantrag 4 (Anlage 4)	
Gerüstbauarbeiten	
Fa. King, Westhausen	5.913,71 €

Beschlussantrag 5 (Anlage 5)

Fensterbauarbeiten

Fa. Stahl, Schwäbisch Gmünd

104.261,78 €

Summe**497.701,19 €****Beschlussantrag 6**

Zur Finanzierung der Maßnahme werden aus dem Ansatz 2021 bei der Investitionsnummer 2110H56001 (Eichenrainschule Lindach Schulpavillon) Mittel in Höhe von bis zu 150.000 € als Ermächtigungsübertragung gemäß §21 Abs. 1 GemHVO in das Jahr 2022 übertragen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65

nachrichtlich an Amt:

zu 2

Mozartschule in Schwäbisch Gmünd - Hussenhofen**Aufstockung****Vergabe von 8 Gewerken****Bezug: GR-Drucksache 073/2021/1****Vorlage: 019/2022****Protokoll:**

Herr Joswig erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Ortvorsteher Heissenberger führt aus, dass man 2015 die Beschlüsse gefasst habe. Eigentlich habe man bereits früher beginnen wollen. Es habe immer wieder Verschiebungen gegeben. Man sei in der Zeit von Corona und wahnsinnigen Preissteigerungen gelandet. Dafür könne die Mozartschule nichts. Bildung stehe vor der Klammer, die Schüler dürften nicht darunter leiden. Die Kostenfortschreibung sei bei dem Projekt nicht so gut abgebildet, es sei schwierig, den Überblick zu behalten. Er erkundigt sich nach dem Zeitpunkt der Fertigstellung, diese solle so schnell wie möglich erfolgen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man aktuell den Doppelhaushalt 2022/2023 berate. Eine Prognose für den Doppelhaushalt 2024/2025 könne man aktuell nicht abgeben. Die Preisexplosionen würden Sorge bereiten.

Stadtrat Preiß/CDU führt aus, dass man die Aufstockung beibehalten wolle, da diese die günstigste Option sei. Ihm gefalle jedoch die Kostenexplosion nicht. Er werde nicht zustimmen. Eine beschränkte Ausschreibung sei in Ordnung, man müsse aber auch dafür sorgen, dass genügend Angebote eingehen würden. Er äußert, dass der Trockenestrich leichter sei, ansonsten aber keine Vorteile biete. Daher solle man sich beim Statiker erkundigen, ob auch ein Nassestrich, der kostengünstiger sei, möglich

wäre. Außerdem solle man sich bei den Fenstern Holz, Holz-Alu und Kunststoff zum Vergleich anbieten lassen.

Herr Joswig antwortet, dass man es geprüft habe. Er erläutert die Gründe für die Kostensteigerungen beim Holzbau. Zum Estrich führt er aus, dass es aus statischen Gründen keine andere Möglichkeit gebe.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen lobt das Verfahren. Durch die Aufstockung könnten Freiflächen und Biotope erhalten werden. Die Aufstockung sei das Modell der Zukunft. Er bedankt sich für die Einbeziehung im Vorfeld. Außerdem erkundigt er sich nach dem KfW-Antrag, da er hierzu keine Informationen gefunden habe. Bei der Ausschreibung der Zimmererarbeiten habe man nur ein Angebot und man liege extrem hoch. Er erkundigt sich, ob man sich bei den Handwerkern nach der Abgabe eines Angebots erkundigt habe. Außerdem müsse man schauen, wo man Einsparungen vornehmen könne. Denkbar sei beispielsweise das Weglassen der Oberlichter, da diese auf den darunterliegenden Stockwerken auch nicht vorhanden seien.

Stadtrat Schwab/SPD schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Miller an. Man werde an der Aufstockung festhalten, müsse es aber noch in der Fraktion diskutieren. Er erkundigt sich nach dem Hintergrund, warum die eingestellten Gelder für die Renaturierung des Mühlbachs zugunsten der Mozartschule zurückgestellt worden seien.

Ortsvorsteher Heissenberger antwortet, dass man sich die Frage nach der Finanzierung im vergangenen Sommer gestellt und diese Lösung gefunden habe.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE führt aus, dass ein wesentlicher Punkt die Sanierung der Grundschule sei. Es gebe Irritierungen in der Öffentlichkeit bezüglich des aktuellen Stands. Er erkundigt sich, ob die Sanierung komme oder nicht und bittet um Klärung. Er erkundigt sich, warum man eine beschränkte Ausschreibung gemacht habe, wenn der Erfolg doch nun sehr mäßig sei. Es sei ein Hinweis darauf, sich den rechtlichen Vorgaben anzuschließen. Er erkundigt sich nach der Zulässigkeit der Veränderung des Leistungsverzeichnisses.

Herr Joswig antwortet, dass man im Leistungsverzeichnis die Preise geändert habe, dies sei zulässig.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass die Sanierung der Grundschule Entscheidung des Gemeinderats sei, man könne hier nicht vorweggreifen.

Bürgermeister Mihm betont die Wichtigkeit eines guten Vertrauensverhältnisses mit den Gmünder Handwerkern und plädiert daher für beschränkte Ausschreibungen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste äußert, dass man das Bauvorhaben so schnell wie möglich umsetzen müsse. Auch die Grundschule müsse man ebenfalls angehen. Es mache einen fassungslos, dass die Materialpreise so steigen würden. Er erkundigt sich, warum man nicht das eigene Holz aus dem Stadtwald verwenden könne.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass man nur am Anfang der Produktionskette durch den Stadtwald beteiligt sei. Er sei eine interessante Herausforderung. Man habe überlegt wie man das Thema Holz angehen könne. Er macht auf die Chancen der Digitalisierung aufmerksam, durch die bereits vor Pflanzen eines Baumes das Endprodukt, das hergestellt werden soll, bekannt ist.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW teilt den Unmut von Stadtrat Preiß. Mit den Preissteigerungen müsse man leben, aber mit der Anzahl der Angebote nicht. Er schlägt vor, einzelne Gewerke aus der Vorlage herauszunehmen und neu auszuschreiben.

Stadtrat Preiß/CDU stimmt den Ausführungen von Bürgermeister Mihm zu, er habe ebenfalls schlechte Erfahrungen bei öffentlichen Ausschreibungen gemacht. Man müsse bei den Firmen nachhaken. Das örtliche Handwerk wolle man stärken.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE weist auf die rechtlichen Vorgaben hin. Es klappe mit den beschränkten Ausschreibungen nicht. Dies sei ein Hinweis darauf, dass es auch unter den gegenwärtigen Vorgaben nicht funktioniere und er grundsätzliche Bedenken habe.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass sich die Bedenken nicht minimieren ließen, da es grundsätzliche Fragen seien. Man müsse die Lebenswirklichkeit berücksichtigen.

Stadtrat Bläse/CDU bringt zum Ausdruck, dass Stadtrat Dr. Benk das örtliche Handwerk nicht als korrupt darstellen solle. Zwei Angebote sollten es mindestens sein. Man sei nun schon wieder bei der Vergabe, obwohl man mit der Planung nicht fertig sei. Die Kostenfortschreibung müsse vorab kommen.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass sich die Verwaltung jeden Tag bemühe, Kosten einzusparen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE nimmt Bezug zur Aussage von Stadtrat Bläse, der ihn nicht falsch wiedergeben solle, er habe es nicht auf das örtliche Handwerk bezogen.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass man keine Korruption in der Umgebung habe, daher solle man das Wort auch nicht so häufig verwenden, da sonst schnell Gerüchte entstehen würden.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass Stadtrat Dr. Benk nur begründet habe, warum es die Regelungen gebe. Er bittet um Darstellung der rechtlichen Regelungen. Es sei schwierig und man müsse den Handwerkern hinterhertelefonieren. Bei öffentlichen Ausschreibungen sei dies schwieriger. Es würden aber wieder andere Zeiten kommen. Seine Frage zur KfW-Förderung sei noch nicht beantwortet worden. Der Nassestrich solle nochmals geprüft und die Zimmerarbeiten eventuell aufgehoben werden.

Herr Joswig antwortet, dass man keine KfW-Förderung habe, sondern eine Schulbauförderung und den Ausgleichsstock. Es gebe keine KfW-Förderung für die reine Aufstockung. Die Ergebnisse zum Estrich werde man vorlegen.

Ortsvorsteher Heissenberger zeigt sich ernüchtert und erkundigt sich, welche Auswirkungen es auf die zeitliche Planung habe. Man diskutiere schon eine Weile und nun diskutiere man wieder, ob man nun Holz-, Holz-Alu- oder Kunststofffenster mache. Dass die Kosten aus dem Ruder liefen, sei schlimm genug und dass man die Vorgehensweise überdenken müsse, sei auch nachvollziehbar. Aber man könne die Mozartschule nicht noch weiter verschieben.

Erster Bürgermeister Baron betont, dass es sich um ein sieben bis acht Millionen Euro teures Projekt handle, daher sei eine Diskussion auch gerechtfertigt und notwendig.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass der Gemeinderat die Preise prüfen müsse. Man sei dafür verantwortlich, dass das Geld richtig eingesetzt werde. Dies habe nichts mit der Mozartschule zu tun.

Erster Bürgermeister Baron fasst zusammen, dass alle mit dem Beschluss mit Ausnahme der Ziffern Nummer 2, 3 und 7 einverstanden seien. Man werde die Unterlagen bis zu den Fraktionssitzungen zur Verfügung stellen. Bei den Zimmerarbeiten habe man acht Betriebe angeschrieben und Kontakt aufgenommen. Der Betrag sei nun öffentlich bekannt. Er erkundigt sich, wie es vergaberechtlich aussehe.

Herr Joswig führt aus, dass man das Verfahren aufheben und neu ausschreiben müsse. Die Gewerke würden alle unmittelbar zusammenhängen. Man habe Ausführungsfristen, man müsse schauen, bis wann man eine neue Ausschreibung vergeben könne. Die Fristen der anderen Gewerke müssten entsprechend angepasst werden. Er geht von einer Zeitdauer von ca. acht Wochen für eine erneute Vergabe aus.

Stadtrat Preiß/CDU kann den langen Zeitrahmen nicht nachvollziehen, da die Masenermittlungen bereits erfolgt seien und nur neu ausgeschrieben werden müsse.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste ist der Meinung, dass es auch auf die anderen Handwerker eine Auswirkung hätte. Das Risiko sei vorhanden, dass diese dann ansteigen würden.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich nach dem Zeithorizont bei einer öffentlichen Ausschreibung.

Herr Joswig antwortet, dass es nochmals zwei Wochen länger dauern würde aufgrund der gesetzlichen Fristen.

Stadtrat Kaiser/CDU erkundigt sich, ob es überhaupt zu einer zeitlichen Verzögerung kommen würde. Dies hänge davon ab, wann die Zimmerarbeiten beginnen würden.

Herr Joswig antwortet, dass man das bestehende Dach öffnen müsse, es sei daher bereits der Beginn betroffen.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass es immer Zeitverschiebungen auf dem Bau gebe. Es sei daher grundsätzlich sicher möglich.

Herr Joswig betont, dass man auch Zeit benötige, um die Ausschreibung ordnungsgemäß durchzuführen.

Erster Bürgermeister Baron fasst zusammen, dass eine erneute Ausschreibung im Raum stehe und es eventuell auch eine Sondersitzung geben müsse. Der Ausschuss könne eine Empfehlung an die Verwaltung aussprechen. Er formuliert den Beschlussantrag dahingehend, dass der Bau- und Umweltausschuss/Betriebsausschuss für Stadtentwässerung der Verwaltung empfiehlt, den Beschlussantrag Nr. 3 aufzuheben. Beim Fensterbau werde geprüft, ob es im Verfahren möglich sein. Wenn ja, werde man ein alternatives Angebot einholen.

Für die Empfehlung stimmen 12 Mitglieder, 1 Mitglied stimmt dagegen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

zu 3 Ertüchtigung und Instandsetzung der Waldstetter Torbrücke in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 025/2022

Protokoll:

Herr Musch erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Preiß/CDU bedankt sich für den Vortrag. Es sei gut gewesen, dass man die Ertüchtigung und nicht die Sanierung beantragt habe. Er hoffe, dass man die Fördermittel erhalte.

Herr Musch antwortet, dass man in engem Kontakt stehe. Die Unbedenklichkeitsbescheinigung führe zu einem positiven Zuwendungsbescheid, es gebe eine Option auf weitere 30.000 Euro.

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass man die Sanierung begrüße, aber zu verschiedenen Punkten detailliertere Informationen wünsche, vor allem in Zusammenhang mit der Radwegeverkehrsführung und dem Radfahrerschutz.

Herr Musch erläutert die aktuellen Planungen anhand des Lageplans.

Stadtrat Schwab/SPD äußert, dass man zustimmen werde. Dass der Radverkehr mitbedacht worden sei, sei positiv.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE stimmt dem Beschlussantrag ebenfalls zu. Es zeige, dass öffentliche Ausschreibungen erfolgreich sein könnten. Er findet es ebenfalls gut, dass man den Radwegeverkehr mitberücksichtige.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste begrüßt es ebenfalls.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW schließt sich dem ebenfalls an.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Ausblick auf künftige Vorhaben

Protokoll:

Es liegt kein Ausblick auf künftige Vorhaben vor.

zu 5 Bekanntgaben

Protokoll:

Keine Bekanntgaben.

zu 6 Anfragen

zu 6.1 Dunkelampel Modepark Röther

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich, warum die Dunkelampel beim Modepark Röther nun doch gebaut werde. Man habe beschlossen, dass diese nicht umgesetzt werden solle.

Herr Musch antwortet, dass dies eine Vision sei.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass man es mitnehme und nochmals aufgreifen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66
nachrichtlich an Amt:

zu 6.2 Bauvorhaben im Taubental

Protokoll:

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich nach dem Bauvorhaben im Taubental.

Herr Hackner antwortet, dass man Bauvoranfragen immer prüfe: Die Bauvoranfrage habe nicht positiv beschieden werden können aufgrund des Einfügens in die Umgebung sowie aufgrund der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass man es nochmals aufbereiten und darstellen könne. Derzeit sei es ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 6.3 Freiflächen für PV-Anlagen

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Freiflächen für PV-Anlagen und ob man allen Interessensbekundungen nachgehe.

Herr Hackner antwortet, dass die Anfragen zunehmen würden. Es müsse strategisch zusammenpassen, man werde die Flächen im Rahmen des Flächennutzungsplans ausweisen. Man spreche es mit den Stadtwerken ab.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

zu 6.4 Auslaufen der Rems

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach dem Auslaufen der Rems und warum man die Rems nicht frei laufen lassen können.

Bürgermeister Mihm weist auf die Führung der Rems hin.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2
nachrichtlich an Amt:

zu 6.5 Vorlagen mit Klimarelevanz

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen fordert, dass das Amt 11 zu allen Vorlagen mit Klimarelevanz eine Bewertung abgeben und CO₂-Einsparungen berechnen solle.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass das Amt 11 nicht alle Vorlagen bewerten könne, dies würde die Kapazität sprengen. Inwiefern eine Vorlage klimarelevant sei, sei oft auch eine politische Frage. Konkrete CO₂-Einsparungen zu berechnen, sei ebenfalls aktuell nicht leistbar. Man solle die Aufgaben so definieren, dass es leistbar sei und möglichst viel für das Klima bringe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11
nachrichtlich an Amt:

zu 6.6 Zuschussprogramm Plusenergiehäuser

Protokoll:

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen fragt, ob man für das Zuschussprogramm für Plusenergiehäuser Anträge gestellt habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65, 11
nachrichtlich an Amt:

zu 6.7 Grundlagenermittlung bei der Grünen Urbanität

Protokoll:

Stadtrat Zengerle/SPD erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Grundlagener-

mittlung bei der Grünen Urbanität.

Bürgermeister Mihm antwortet, dass der Zwischenbericht bereits vorgestellt worden sei. Am 16.03.2022 werde man erneut darüber beraten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Baron die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 2, 60
nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Erster Bürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: